

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsgesellschaft Rieser, Krefeld, Nr. 20.

Amtsblatt

Verlagsgesellschaft Rieser, Krefeld, Nr. 20.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Krefeld, sowie den Gemeinderat Gröden.

Nr. 190.

Dienstag, 17. August 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkasten monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Keine Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Krefeld. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Krefeld. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schäfer, Krefeld; für Anzeigen: L. G. Uhlmann, Krefeld.

Die dritte Internationale.

Während die Truppen Sowjetrußlands die polnischen Eindringlinge aus der Ukraine vertrieben und nach Ostgalizien vordrangen, waltete aber über die Nordhälfte Polens Branden, die polnischen Armeen dort zerstückelten und den großen Rina bildeten, der jetzt Warschau umschließt, lagte in Moskau die dritte Internationale. Die besondere Bedeutung dieser Tagung lag darin, daß diesmal die französischen Linkssozialisten und die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands erschienen waren, um ihren Anschluß an Moskau zu betreiben. Die Szene ward zum Tribunal, und harte Anklagen wurden gegen die Bewerber um Aufnahme in die dritte Internationale erhoben: Wie, sagte man zu ihnen, ihr bekennt euch zur Diktatur des Proletariats und habt doch nichts getan, als Reden gehalten, um sie durchzusetzen? Kennt doch die Taten, die euch den Anspruch geben, mit eurem Bekenntnis zu uns ernst genommen zu werden? Den Herren Cahain und Frossard, die den französischen Linkssozialismus vertraten, fuhr Schreden in die Glieder. Sie gaben eine be- und wehmütige Erklärung ab, die jetzt über London und über das Pariser Bulletin Communiqué in den Berliner „Vorwärts“ gelangt ist. Darin erklären sie sich für die Anwendung der Gewalt mit allen Konsequenzen, die der Bürgerkrieg hervorruft, dessen hauptsächlichstes Instrument natürlich die Diktatur des Proletariats ist. Sie erkennen an, daß es nicht genüge, diese Grundzüge bloß im Mund zu führen, und daß man sie mit Taten nach dem russischen Muster befrichtigen müsse. Und sie geben die „aufrichtige Versicherung“, daß sie nunmehr die bisherigen Versäumnisse wettmachen und den Kampf mit dem Kapitalismus auf Leben und Tod aufnehmen würden. Daraufhin ist den Franzosen der Zutritt zur dritten Internationale eröffnet worden. Wenige Tage später erfolgte die Aufnahme der deutschen Unabhängigen. Ein anderer Bericht über die Versprechungen, die die Herren Däumig und Crispian in Moskau gemacht haben, liegt noch nicht vor. Es heißt auch, daß sie nicht als vollberechtigte Mitglieder zur dritten Internationale zugelassen würden, sondern daß die U. S. D. einstweilen im Moskauer Bund nur eine beratende Stimme haben wird. Die Aufklärung muß noch abgewartet werden, ob die Zurückhaltung der Moskauer nur aus dem bisherigen Verhalten der Unabhängigen zu erklären ist, oder ob die Unabhängigen bezüglich der Gemaitaktik vielleicht doch einige Vorbehalte gemacht haben. Weitergehend können jedoch diese Vorbehalte sicherlich nicht gewesen sein: hätten die Vertreter der Unabhängigen in Moskau nicht die enge Annäherung an den Kommunismus vollzogen, so wären sie wohlweislich unverrichteter Dinge heimgeschickt worden. Jetzt werden die unabhängigen Moskauer jeden Augenblick wieder in Berlin eintreffen müssen. Ob sie hier so offen zu sprechen wagen werden, wie sie es auf dem Moskauer Kongress getan haben, ist zweifelhaft. Umso mehr werden die Berichte der kommunistischen ausländischen Blätter über die Verhandlungen der deutschen Unabhängigen mit den russischen Bolschewisten zu beachten sein. Die deutsche Regierung darf sich nicht darüber täuschen, daß mit der Heimkehr der Däumig und Crispian eine neue Gefahr aus dem Osten heraufrückt.

Auf den Osten ist jetzt unsere ganze Aufmerksamkeit konzentriert, und nicht bloß die untrine. Auch England und Frankreich erwarten von dort das Stichwort ihrer künftigen Politik. Wer wird eigentlich den Frieden mit Polen schließen, die Sowjetregierung, die den allgemeinen Frieden anstrebt, oder die dritte Internationale, die den allgemeinen Umsturz plant? Wenn man den Versicherungen trauen dürfte, die Schlichterin und Lenin durch Kamenev in London haben abgeben lassen, dann wäre der Bolschewismus um den Preis des Friedens und der Anerkennung der Sowjetregierung in Rußland bereit, allen europäischen Tendenzen sowohl in Europa wie im Orient zu entsagen. Die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen für Polen, die Kamenev in London bekanntgab, schienen alle annehmbar bis auf eine, die bedenkliche: Was veranlaßt und berechtigt Rußland zu der Forderung, daß Polen den Angehörigen seiner eigenen Gefassen oder Kriegsbeschädigten kostenlos Land zuweisen soll? Die Fürsorge für die eigenen Kriegsgesellen ist gewiß noch niemals einem besiegten Land vorgeschrieben worden. Diese Forderung erhält aber eine recht peinliche Klärung durch die Mitteilungen, die Schlichterin Herrn Frank Masow, dem Berliner Vertreter der International News Service, gemacht hat: der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten erklärt darin zwar, daß er nicht daran denke, die Sowjetregierungsform irgendeinem widerstrebenden Volke aufzuzwingen, aber indem er die Verabfolgung der polnischen Heeresstärke auf 50000 Mann verlangt, sagt er hinzu: „Zu gleicher Zeit sollen die polnischen Arbeiter der organisierten Gewerkschaften bewacht werden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; diese Arbeitermilitär wird das Gegengewicht gegenüber den polnischen imperialistischen Großgrundbesitzern bilden.“ Ist es nicht klar, daß auch die Landzuweisung an die polnischen Kriegsgesellen nur darum von der Sowjetregierung verlangt wird, weil sie bloß auf Kosten des polnischen Großgrundbesitzes, durch dessen Entelung möglich ist? Niemand wird bestreiten, daß das eine weitgehende Einmischung in die inneren politischen und sozialen Verhältnisse Polens und in seine Unabhängigkeit ist; und die Bewaffnung des polnischen Proletariats wird gewiß nicht so sehr Ruhe und Ordnung wie vielmehr die Bolschewisierung Polens fördern. Wenn das wirklich die Absichten sind, mit denen die Sowjetregierung zu den Verhandlungen in Moskau geht, dann kommen nicht bloß schwere Tage für Polen, sondern dann geht auch Deutschland, das durch Polens Bolschewisierung unmittelbar bedroht wäre, schweren Zeiten entgegen.

Der französisch-englische Konflikt.

Die Besprechungen zwischen Valenogues und Lord Derby in Paris wurden gestern fortgesetzt; die Lösung des Konfliktes ist noch nicht geklärt.

Die Forderungen des englischen Aktionsrates.

Der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei, Adanson, hat an den Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes und des internationalen Transportarbeiterbundes ein Telegramm geschickt, worin es u. a. heißt: Die größte und einigte Versammlung der englischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung hat mit Genehmigung der Erklärung der russischen Regierung betreffend völlige Unabhängigkeit Polens begrüßt. Der Aktionsauschuss hat Auftrag erhalten, solange in Tätigkeit zu bleiben, bis Folgendes gesichert ist:

1. Vollständige Garantie, daß England keine Truppen verwenden wird, um militärische Unternehmungen Polens, Ungarns oder irgend welcher anderen militärischen Unternehmungen gegen die Sowjetregierung zu unterstützen;
2. die Zurückziehung aller englischen Seestreitkräfte, die tätig sind, um direkt oder indirekt eine Blockade gegen Rußland durchzuführen;
3. Anerkennung der Sowjetregierung und Wiederherstellung ungeschänkter Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Rußland.

Die Versammlung hat jede Verbindung und jede Bundesgenossenschaft zwischen Großbritannien und Frankreich oder einem anderen Lande abgelehnt, die England verpflichten würde, Ungarn oder Polen zu unterstützen oder Unterstützung und Kriegsmaterial für Angriffe gegen Rußland zu liefern. Die Versammlung hat den Aktionsauschuss ermächtigt, erforderlichenfalls die allgemeine Arbeitseinstellung zu proklamieren und einen Aufruf an alle organisierten Arbeiter gerichtet, schnell, loyal und mutig zu handeln, alle Seewirtschaftliche aus dem Wege zu räumen und dafür zu sorgen, daß die auswärtige Politik Großbritanniens in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Volkes gebracht wird, damit den Kriegen und der ewigen Kriegsgeschichte ein Ende gemacht wird.

Das Moskauer Sekretariat befragt in seiner Antwort die Haltung der englischen Arbeiterpartei und gibt der Uebereinstimmung Ausdruck, daß die Arbeiter aller Länder dem Vorbild der englischen Kameraden folgen werden. Weiter heißt es: Die Leitung des internationalen Transportarbeiterbundes hat am 14. August einen Aufruf an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder geschickt, jede Beförderung von Oerresmaterial und Truppen, die für im Gange befindliche oder drohende neue Kriege bestimmt sind, zu vermeiden. Die Leitung des internationalen Transportarbeiterbundes wird in dieser Woche zusammenkommen, um internationale Richtlinien aufzustellen. Das Telegramm schließt: Es lebe der Kampf der nationalen und internationalen Arbeiterpartei für Frieden, Recht, Freiheit und Glück!

Die Londoner „Deminister Gazette“ schreibt im Leitartikel: Die Politik der Allierten gegenüber Rußland hat dazu geführt, daß bolschewistische System in Rußland zu stärken, alle Kreise der Bevölkerung, einschließlich des Mittelstandes und der Militärischen hinter der Sowjetregierung zu vereinen und eine Art Sowjet-System in die englische Politik einzuführen. Der letzte Punkt ist nicht weniger wichtig, als die anderen. Wenn alle Gewerkschaften zusammenkommen und einen Aktionsrat zur Bewusstseinsbildung der geschwächten Regierung des Landes ernennen, so muß ausgeben werden, daß in England wie in Rußland ernste Dinge geschehen, die vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten worden wären. Die Auffassung, daß die Arbeiterführer offene Türen einernannt und die Lage für ihre Zwecke geschickt ausbeutet haben, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Unter den Arbeiterführern sind einzelne sehr geschickte Männer. Sie benutzen die Gelegenheit, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, bei der sie die öffentliche Meinung hinter sich wissen. Es handelt sich aber nicht um eine gewöhnliche politische Bewegung. Dundertausende von Männern, die die Schrecken des Krieges am eigenen Leibe erfahren haben, sind seit Wochen besorgt, daß die Angriffe der Staatsmänner sie in einen neuen Krieg hineintreiben könnten. Diese Männer, ihre Frauen und Eltern sind entschlossen, das nicht geschehen zu lassen. Unter diesem Willen steht ein tiefes Mißtrauen gegen die Regierungen und die Ministerien des Auslandes und die allgemein verbreitete Auffassung, daß die Parlamente hilflos sind. Zwei Jahre lang haben die Menschen die Anstrengungen der Staatsmänner zum Wiederaufbau der Welt verfolgt und haben gesehen, daß alle friedlichen Absichten durchkreuzt und vernichtet, alle alten Streitigkeiten durchkreuzt und wieder an den Tag gebracht und die alten diplomatischen Methoden wieder zum Leben erweckt wurden, während die Parlamente offenbar hilflos zur Seite standen.

In einem weiteren Artikel der „Deminister Gazette“ zur russischen Frage heißt es: Kann einer der Männer, die für die soeben genannte russische Politik verantwortlich sind, behaupten, daß sie von Anfang bis Ende beabsichtigt ist? Die Militärischen und Pazifisten sind aus verschiedenen Gründen einig darin, daß sie einen verhängnisvollen Fehlschlag bedeutet. Dasselbe Urteil wird ebenfalls über einen großen Teil der gegenwärtigen deutschen, österreichischen und der Türkei verhängen. Diese Umstände geben den altmodischen Staatsmännern kein Recht, die Hände über das Haupt zu stecken und die Arbeiterpartei zu rufen. Wo sie ihr Bestes nicht mit den Bedürfnissen der großen Volksmassen in Einklang bringen können, werden die Einzelnen von außen her immer wirkungsloser werden, bis schließlich das ganze

System zerbröckelt ist. Die europäischen Staatsmänner sollten jetzt ernstlich überlegen, ob die Hoffnung auf inneres Gleichgewicht und weiteren Frieden davon abhängt, daß der Völkerverbund zur Wirklichkeit wird, und daß sein Ideal einer klaren, offenen und ehrlichen Führung der politischen Geschäfte erfüllt wird.

Rundgebungen gegen den Krieg in Davis.

Mehrere Sektionen der sozialistischen Partei Frankreichs veranstalteten vorgestern in der Pariser Kammerknechtung Kundgebungen gegen den Krieg, für den Frieden mit Rußland und für die Anerkennung der Sowjets. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Die Russen im „Korridor“.

Aus Königsberg wird gemeldet: Vöbau ist von den Bolschewisten besetzt worden, die aus der Linie Stralsburg—Lauenburg auf Graudenz vorgedrungen. Gelehrtenkreise ist von den Polen geräumt worden, die sich auf Graudenz aufhielten. Aus dem Stamme Königsberg—Stettin erfolgten starke polnische Gegenangriffe in nordwestlicher Richtung. Südlich von Chelm sollen die Polen erfolgreiche Wiedergewinnung mit Ausschluß aller polnisch gesinnten Elemente eingeleitet. Ein Antrag der Soldatenkommissionen auf Einführung der Sowjetverwaltung wurde von dem russischen Militärkommissar abgelehnt, da sie für eine agrarische Bevölkerung nicht geeignet wäre. Ein großer Teil der im Kreis Weidenburg wohnenden Flüchtlinge ist bereits heimgekehrt. Ein russischer Militärkommissar trat am 14. August an der Grenze bei Königsberg an. Er erkundigte sich nach der Anzahl der in Masuren befindlichen Truppen und fragte, wann die Entensmissionen Masuren verlassen werde. Er hat, möglichst bald den Einwohnern der Masuren mit Soldaten wieder aufnehmen und erklären, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, würde es nicht besetzt werden.

Der Kampf um Warschau.

Eine Londoner Meldung besagt: Die roten Heere, die in konzentrischer Richtung gegen Warschau vordringen, gewannen im Osten bei Begrow und im Südosten bei Lufow beträchtlich Gelder. Nach den letzten Meldungen ist die Kampffront 16 Meilen von Warschau entfernt. Wie verlautet, hoffen die Bolschewisten, am Montag die Stadt zu nehmen. — „Daily Express“ meldet aus Warschau, daß mindestens 300 000 Einwohner die Stadt verlassen hätten. Die französische und englische Militärmission befindet sich aber noch in der Stadt.

Die Internierung überreiteter polnischer Truppen. Nachstehender Aufruf der deutschen Regierung wurde am 13. August nach Moskau geschickt: „Auf Anfrage vom 12. August Nr. 1825. In Durchführung unserer Neutralitätsklärung werden polnische Truppen, die sich in das Abkommungsgebiet zurückziehen, interniert und entwaffnet. So sind bereits 2000 Polen, die am 30. Juni das Abkommungsgebiet betreten haben, entwaffnet und bei Arms interniert worden. In Abwesenheit des Reichsministers: Dames.“

Rußland ändert die Waffenstillstandsbedingungen nicht ab.

Die „Petit Parisien“ aus London meldet, hat Kamenev einen Brief an Lloyd George gerichtet, in dem er sagt: Angesichts der Maßnahmen der französischen Regierung, die mit der polnischen Regierung ein Bündnis eingegangen sei, durch das die Haltung der Sowjetregierung erschwert werde, und das darauf hinausgehe, die internationale Friedenskonferenz zu verhindern, hole es die russische Regierung nicht für nötig, die der englischen Regierung mitgeteilten Waffenstillstandsbedingungen abzuändern.

Nach einem Telegramm aus Warschau reise die polnische Abordnung erk vornehmern von Warschau nach Wlisk. Sie besteht außer den beiden Vizeministern Domini und Brodowski noch aus General Sikowski und sechs Reichstagsmitgliedern. Präsident Witos kehrte nach Warschau zurück, nachdem er in der Provinz Posen an einer Reihe von Massenversammlungen gegen die Bolschewisten teilgenommen hatte. Der Verteidigungsrat ermächtigte die Regierung, die Jahresklassen 1885 bis 1889 einzuberufen.

Finnisch-russischer Waffenstillstandsvertrag.

Aus Helsinki wird gemeldet, daß zwischen Rußland und Finnland ein Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen worden ist und zwar auf die Dauer von 21 Tagen. Der Abschluß dieses Waffenstillstands wird in Rußland für umso bedeutungsvoller erachtet, als man noch vor einigen Tagen vom Aufmarsch der englischen Flotte in den baltischen Meeren einen Druck auf Finnland zum Zwecke einer neuen Kriegsführung gegen Sowjetrußland befürchtete.

Die Unzufriedenheit der kleinen Nationen.

In der serbischen Kammer erklärte der Berichterstatter Abg. Matkisch, daß der Völkerverbund eine Mission sei, in der ebenso wie auf den Friedenskonferenzen die Großmächte eine einseitige Vorherrschaft zur Unzufriedenheit aller kleinen Nationen führen. Im Völkerverbund sehe kein einziger slawischer Vertreter. Frieden werde es in Europa erst geben, wenn das Selbstbestimmungsrecht nicht bloß vorgegeben, sondern auch durchgeführt sei. Was die Kriegsschuldfrage betreffe, so sollten Rußland zweiwöchentlich Klärungen gemacht werden.